

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern



43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 29.10.2018

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 391 bis 394:

~~Wir setzen uns~~ Der Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist der wesentliche Pfeiler der internationalen Rüstungskontrolle und der europäischen Sicherheitsarchitektur. Die einseitige Aufkündigung dieses Vertrags durch die US-Regierung wäre fatal. Russische Aufrüstungsmaßnahmen haben den Vertrag in den letzten Jahren verletzt. Dennoch halten wir es für falsch, dieses Abkommen zu verlassen. Denn so steigt die Gefahr eines weltweiten nuklearen Wettrüstens dramatisch an – nicht nur zwischen den USA und Russland, sondern auch mit Blick auf ~~europäischer Ebene~~ andere Atommächte wie China, Iran oder Indien. Die EU muss jetzt alles dafür tun, dass der INF-Vertrag erhalten bleibt. Es ist nötiger denn je, ~~glaubwürdig~~ für den Erhalt und die Stärkung internationaler und regionaler Rüstungskontrollregime ~~eineinzutreten~~. Die ~~EU~~ Maßnahmen zur Abrüstung muss ~~darauf hinwirken, diese Abkommen~~ die EU auch auf neue Bereiche der Kriegsführung – wie den Cyberraum oder Outer Space – auszuweiten. Wir wollen, dass die EU für die Einbeziehung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge in

Begründung

Begründung der Dringlichkeit: Diese Ergänzung ist aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen notwendig. Die Ankündigung von US-Präsident Trump, den INF-Vertrag aufzukündigen zu wollen, erfolgte, nachdem die Frist für Änderungsanträge abgelaufen war. Da Abrüstung und Rüstungskontrolle zentrale Anliegen unserer grünen Sicherheitspolitik sind, halten wir es für wichtig, unsere Haltung und Position dazu mit dieser Ergänzung deutlich zu machen.